

mittendrin

Ausgabe 11/2009
Informationen des
Bezirksvorstandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Rot-Rot tut, was Berlin braucht?



Foto: Archiv

mittendrin sprach mit Udo Wolf, neuer Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus und einer der Autoren des Strategiepapiers »Mit sozialem Fortschritt aus der Krise«, das Weichen für das künftige Profil der Berliner LINKEN stellt.

Udo, Du schreibst, dass die Frage, inwieweit linkes Regierungshandeln nach acht Jahren Rot-Rot nachhaltige Effekte für ein zukunftsfähiges und soziales Berlin gebracht hat, noch nicht ausreichend beantwortet sei. Ist das Kritik an Deinen Vorgängern?

Udo Wolf: Das ist eine Einschätzung, die uns alle angeht. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viel erreicht. Wir haben mit den Hinterlassenschaften unserer Vorgänger aufgeräumt, eine Bankenkrise bewältigt und Berlins Finanzen in Ordnung gebracht. Wir haben Projekte wie die Gemeinschaftsschule oder einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor angeschoben, die für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt wichtig sind. Aber wir können nicht davon ausgehen, dass das alles bis 2011 und darüber hinaus trägt. Vieles, was wir mühevoll erstritten haben, gerät in Verges-

senheit. Deshalb müssen wir gerade in Zeiten der Krise noch stärker deutlich machen, dass eine linke Stadtregierung für Berlin die bessere Lösung bleibt.

Welche Erfahrungen und Ergebnisse von Rot - Rot sind Dir besonders wichtig für eine künftige linke Stadtregierung?

Udo Wolf: Es gibt Entscheidungen, die andere Regierungskonstellationen nicht oder nicht so intensiv wie wir vorangebracht hätten. Dazu zählt, Krankenhäuser, die BVG oder weitere Wohnungsbaugesellschaften nicht zu privatisieren. Und obwohl ganz schön nervenaufreibend – erst mit uns ist Berlin Vorreiter bei direkter Demokratie geworden. Wir sind auch die ersten, die das Thema Integration ernsthaft angepackt haben. Und da gibt es weiterhin viel zu tun. Mit uns wurde in der Stadt begonnen, das Bildungsprivileg zu brechen. Auch, dass wir denen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, z.B. mit dem Berlin-Pass, ermöglichen und ihnen nicht noch zusätzliche Lasten wie Zwangsumzüge aufbürden, ist keine Selbstverständlichkeit. Das wird unter einer schwarz-gelben Bundesregierung auch schwer zu verteidigen sein. Aber wir werden dafür streiten.

Mit welchen Schwerpunkten und Projekten will DIE LINKE Berlin durch die Krise führen?

Udo Wolf: Damit Berlin eine soziale Metropole bleibt, ist es wichtig, unsere Projekte

erfolgreich weiter zu führen. Also weiter für Chancengleichheit in der Bildung einzutreten, die Daseinsvorsorge zu sichern und denen eine Chance zu geben, die schon lange arbeitslos sind. Zur sozialen Stadt zählt auch, dass die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ordentlich bezahlt werden und dass das wichtige Feld des Klimaschutzes immer auch unter sozialen Gesichtspunkten bearbeitet wird. Ökologischer und sozialer Fortschritt gehören zusammen.

Ihr fordert für den sozialen Zusammenhalt in der Stadt eine andere Wohnungspolitik. Wie soll das gehen?

Udo Wolf: Vieles, was Mieten betrifft, wird durch Bundesgesetze geregelt. Aber wir haben ja öffentliche Wohnungsbaunternehmen. Die könnten wir stärker in die Pflicht nehmen, für bezahlbaren Wohnraum in allen Teilen der Stadt zu sorgen.

Finanzsenator Nussbaum (SPD) will DIE LINKE aber das Sparen lehren. Er will ab 2012 weitere 250 Millionen jährlich im Landeshaushalt einsparen. Sprengstoff für die rot-rote Koalition?

Udo Wolf: Wir alle wissen, wie wichtig der Konsolidierungskurs in den vergangenen Jahren war. Die Altschulden Berlins wird allerdings keine Regierungskonstellation abtragen können, ohne die Stadt massiv zu ruinieren. Deshalb haben wir uns mit der SPD nicht nur darauf verständigt, der Krise nicht hinterher zu sparen. Derzeit diskutieren wir, dass wir für Dinge, die uns besonders wichtig sind, wie Kita und Schule, sogar auch neue Schulden machen müssen.

Die Berliner SPD hat bei den Bundestagswahlen eine herbe Niederlage erlitten. Ist die SPD Berlin nach links gerückt?

Udo Wolf: In Berlin hat sich die SPD bereits, seit sie mit uns zusammen regiert, ordentlich bewegt. Alles andere wird die Zukunft zeigen.

Eine linke SPD – hast Du Angst vor der Konkurrenz?

Udo Wolf: Nein. Eine linkere SPD hatten wir uns doch gewünscht.

Das nächste Basistreffen

findet am **Mittwoch, 2. Dezember, 19 Uhr** im BVV-Saal des Neuen Stadthauses, Parochialstr. 1-3 (U-Bahnhof Klosterstr.) statt.

Thema: **Wohin geht DIE LINKE? - Zur Programmdiskussion in der Partei**

Mit **Bernd Ihme**, Bereich Strategie und Politik beim Parteivorstand; **Anni Seidl**, verantwortlich für politische Bildung beim Landesvorstand und **Gretchen Binus**, Ältestenrat

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Mitte hat nicht nur zu viele Schulgebäude für die Zahl seiner Schüler (siehe *mittendrin* 10/2009) sondern auch zu viele Dienstgebäude im Verhältnis zur Mitarbeiterzahl. Das ist die Malaise. Daraus erwächst enormer Druck zur Kostenminimierung. Das Bezirksamt handelte und erteilte Prüfaufträge. Was würde es zum Beispiel kosten, wenn die drei Kantinen, die sich Mitte noch in seinen drei Rathäusern leistet, zu Büroflächen umgebaut werden und welche Kostenentlastung hätte diese Umnutzung zur Folge? Welche Konflikte sind damit verbunden? Noch bevor die Prüfungen abgeschlossen, Alternativen abgewogen und das Mitbestimmungsgremium Personalrat zu Gesprächen eingeladen war, berichteten die Medien. Das brachte Aufregung, auch in die BVV!

In der zeitraubenden Debatte wurde zunächst deutlich: Für die Kantine in der Karl-Marx-Allee liegen Berechnungen vor. Bei einer Umnutzung zu Büroflächen könnten alle Mitarbeiter aus dem Bürostandort Seestraße umziehen, das Gebäude aufgegeben und rund 282.000 Euro jährlich eingespart werden. Innerhalb von zwei Jahren hätten sich die Umbaukosten amortisiert. Bei den beiden anderen Standorten sind die Kostenschätzungen und Nachnutzungserfolge noch nicht ausreichend geklärt.

Schaut man auf die Besucher der Kantinen, wird schnell klar, dass ein großer Teil nicht Beschäftigte des Amtes, sondern Anwohner sind. Sie nutzen die Mahlzeiten zu sozial verträglichen Preisen, denn die Kantinen können diese günstigeren Preise im Vergleich zu Restau-

Blick aus dem Amt:

Gute Nachrichten für unsere Kinder

Zwei Nachrichten in diesen Tagen werden für die Förderung und frühe Bildung von Kindern weitreichende Folgen haben. In unserer Stadt wird es endlich mehr Erzieher/innen in den Kitas geben. Die Betreuungsschlüssel in den Kitagruppen werden heraufgesetzt und die Kita-Leiter/innen werden mehr Zeit für Elterngespräche und für die pädagogische Arbeit mit den Erzieherteams haben. Endlich, endlich.

Lange haben wir darum gerungen. Und durch das erfolgreiche Kita-Volksbegehren ist unser Anliegen kraftvoll unterstützt worden. Finanziell wird das natürlich von allen Ressorts zu schultern sein. Wir wollen, dass Kinder früh die bestmögliche Förderung bekommen, dass sie nicht nur mit guten Sprachkenntnissen erfolgreich in der Schule sein werden. Wir wollen in gute Bildung investieren, das ist nämlich systemrelevant: gut gebildete junge Leute, die unsere Gesellschaft weitreichend voranbringen.



Von Kantinen und anderen Immobilien

rants anbieten, da sie wesentlich moderatere Mieten zahlen. Aber ist es Aufgabe des Bezirksamtes, teuren Büroraum für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen? In der dramatischen Finanzsituation des Bezirkes und bei den in allen Bereichen vorgenommenen Kürzungen muss diese Frage erlaubt sein. Natürlich ist es richtig, dass viele Amtsgebäude in den Bezirken keine Kantinen mehr besitzen. Für manchen Anwohner aber wäre die Schließung ein schmerzlicher Verlust.

Und was ist mit den MitarbeiterInnen? Für sie waren und sind die Kantinen zur Essensversorgung gedacht und deren Schließung ist deshalb mitbestimmungspflichtig. Eine Abstimmung unter den Mitarbeitern über ihre Kantinen sollte deshalb – so finde ich – als Ergebnis akzeptiert werden.

Die Gespräche und Beratungen dauern an. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Die neue Bundesregierung setzt allerdings mit ihrem neuen Betreuungsgeld ganz falsche Impulse. Eltern von kleinen Kindern werden »belohnt«, ihre Kinder Zuhause zu lassen. Im Grunde ist es ein Eingeständnis, dass es in den alten Bundesländern offensichtlich nicht gelungen ist, ein flächendeckendes Angebot von Kita-Plätzen zu schaffen.

Wir in Berlin können stolz darauf sein, dass uns im gemeinsamen rot-roten Senat gelungen ist, allen Kindern einen Kita-Platz anbieten zu können, die Plätze sicher und gut zu finanzieren und nun auch die pädagogische Qualität weiter zu verbessern. Das soll uns erst einmal einer nachmachen!



Rainer-Maria Fritsch

Bezirksstadtrat für Jugend und Finanzen

Ergebnisse der BVV-Sitzung

Beschlossen:

■ **Das Bezirksamt wird ersucht**, umgehend zu prüfen, ob eine überparteiliche, Berlinweite Initiative zum Akquirieren von Bundes- und EU-Mitteln für eine Berliner Bildungsoffensive in der Kinder- und Jugendarbeit nach §§ 11, 13,1 und 16 SGB VIII ins Leben gerufen werden kann. Jugendhilfeausschuss (Drs. III/1384)

Überwiesen:

■ **Das Bezirksamt wird ersucht**, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Betrieb von Hotelapartments in Mietwohnungen in den Wohnhäusern in der Wilhelmstraße, der Behrenstraße, der Voßstraße, der Hannah-Ahrendt-Straße, an der Kolonnade und in der Gertrud-Kolmar-Straße zu unterbinden. Alle Möglichkeiten schließen den Klageweg ausdrücklich ein. Das Bezirksamt möchte prüfen und darlegen, ob für den bisherigen Hotelapartmentbetrieb entsprechende Nutzungsänderungsanträge und Nutzungsgenehmigungen zugrunde liegen und ob der Betreiber für diese Art der Nutzung die entsprechenden Steuern entrichtet. DIE LINKE (III/1396)

Vorlage zur Kenntnisnahme:

■ **Das Bezirksamt hat in seiner Sitzung** am 29.9.2009 das Konsolidierungskonzept für die Jahre 2009-2013 beschlossen. Nach Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 11.6.2009 können Bezirke, die per 31.12.2008 Altschulden vorweisen, im Rahmen bezirksindividueller Konsolidierungskonzepte ein zweijähriges Tilgungsmoratorium in Anspruch nehmen. Angesichts der Größenordnung von 19,4 Mio Euro seit der Bezirksfusion aufgelaufener Altschulden hat sich das Bezirksamt auf die Verfassung eines solchen Konsolidierungskonzeptes verständigt. Die BVV nahm es am 17.10.2009 zur Kenntnis. (Drs. III/1405)

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17.00 bis 19.00 Uhr im Nachbarschaftszentrum

»Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstraße 145, 10115 Berlin und

am letzten Mittwoch jeden Monats im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin, Raum 505 – 5.Etage.

Mit sozialem Fortschritt aus der Krise

Linksfraktion beschließt Aufgaben

2002 übernahm die Berliner PDS/LINKE erstmals Regierungsverantwortung, als die Vorgängerkoalitionen die Stadt ins Schuldenchaos gesteuert hatten. Das wird heute allzu schnell vergessen. Daran erinnert die Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus mit einem Beschluss, der ihre Position zu den aktuellen Fragen formuliert und damit zugleich ihr Arbeitsprogramm bis 2011 und darüber hinaus skizziert. mittendrin referiert Kerngedanken des Beschlusses.

Eingangs heißt es: »Wir wurden in die Verantwortung gewählt, um die verhängnisvolle Mischung aus Filz, Realitätsverdrängung und Metropolenwahn zu beenden. Erste und wichtigste Aufgabe war, den Berliner Haus-

halt zu konsolidieren. Nur so konnte politische Handlungsfähigkeit zurückgewonnen werden. Wir mussten auch schmerzhaft Sparscheidungen treffen.«

Heute hat Berlin einen konsolidierten Haushalt. Nicht die Ausgaben, sondern fehlende Einnahmen sind jetzt das Problem. »Die schwarz-gelbe Bundesregierung wird dieses Problem mit ihrer Steuerpolitik vermutlich verschärfen.« Kurzfristige Entlastung des Landeshaushalts ist also nicht in Sicht.

Die Fraktion wird ihre Arbeit auf folgende Schwerpunkte konzentrieren.

Nicht der Krise hinterher sparen

»Das wäre ökonomisch sinnlos und politisch dumm! Mit dem aktuellen Doppelhaushalt wird die Koalition die Herausforderungen der Krise aufnehmen.« DIE LINKE lenkte den Blick auf die Frage: Was braucht eine an sozialer Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit orientierte Stadtgesellschaft an öffentlich finanziert Ausstattung? Ihre Antwort: Die Stadt muss sozial und ökologisch umgebaut werden! Dafür wird DIE LINKE in den verbleibenden zwei Jahren der Legislaturperiode arbeiten. »Das wird nicht einfach. Denn das Gros der Steuergesetze, wesentliche Regelungen für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik werden auf Bundesebene entschieden. Unsere Möglichkeiten, die Krisenfolgen zu mildern, sind also erheblich eingeschränkt.« Dennoch hat DIE LINKE wichtige Akzente gesetzt.

Die soziale Idee bleibt Dominante unseres Handelns

Berlin zeigt: Auch in schwierigen Zeiten können notwendige Reformen, sozialer Zusammenhalt und vernünftige Haushaltspolitik gut funktionieren. Drei Beispiele.

■ Die Gemeinschaftsschule ist bundesweit zu einem Markenzeichen linker Bildungspolitik geworden. Mit der Überwindung der Hauptschule haben wir einen ersten Schritt zur Abschaffung des Bildungsprivilegs getan.

■ Berlins Arbeitslosenquote ist höher als in anderen Bundesländern. Aktive Arbeitsmarktpolitik muss die Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren, statt ihre Arbeitslosigkeit zu alimentieren. Mit dem ÖBS wird sinnvolle und notwendige Arbeit organisiert. Berlin wird auch berufliche Ausbildung weiterhin fördern, auch wenn sich die Bundesregierung aus der Finanzierung zunehmend zurückzieht.

■ Notwendige Umstrukturierungen der vielfach chronisch defizitären öffentlichen Unternehmen haben wir begonnen. Unternehmen, die wesentlich Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen, sind nicht besser aufgestellt, wenn sie privatisiert werden. Die S-Bahn-Krise hat deutlich erwiesen: »Wo für das Gemeinwesen notwendige Leistungen erbracht werden müssen, brauchen wir effektive Kontroll- und Einflussmöglichkeiten der öffentlichen Hand.«

Den sozialen Zusammenhalt der Stadt stärken

Die soziale Realität in Deutschland wird seit Jahrzehnten von Massenarbeitslosigkeit bestimmt. Bildungs- und Ausbildungsdefizite, Tendenzen der Desintegration spalten die Stadt nach Milieus - nach Wohn-, Konsum- und Geschäftsgebieten. Wir wollen eine prosperierende Stadt, aber nicht um den Preis der sozialen Ausgrenzung und Desintegration, sondern mit dem Ziel von Wachstum und sozialer Integration.

Berlin ist eine Mieterstadt. Wir wollen weiterhin ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum sichern. Soziale Durchmischung der Wohnquartiere muss verhindern, dass Armutsquartiere sich verfestigen. Es muss über die Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes nachgedacht werden.

Weichen stellen über 2011 hinaus

Der Beschluss verweist hier auf die gemeinsamen Vorhaben der Koalition - Gemeinschaftsschule, Öffentlich geförderte Beschäftigung, Sanierung der Landesunternehmen statt Privatisierung, das Integrationskonzept, Regelung der Wohnkosten bei Hartz-IV, den Entwurf zum Klimaschutzgesetz. Das sind Bausteine einer Gesamtstrategie, die durch Chancengleichheit und Kreativität Berlins Attraktivität als Metropole begründet. Damit sich alle, die in der Stadt leben - mit und ohne deutschen Pass - wohl und sicher fühlen. »Wir haben die Absicht,« heißt es abschließend, »auch über 2011 hinaus für sozialen Fortschritt in Berlin zu sorgen.

Heinz Grote

Positionspapier im Internet:

http://www.linksfraktion-berlin.de/fileadmin/linksfraktion/download/2009/Mit_sozialem_Fortschritt_aus_der_Krise.pdf

Sprechzeiten im Fraktionsbüro

Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 - 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10 - 11.30 Uhr im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10178 Berlin, Raum 323, Telefon: 9 01 82 - 45 65

Politische Bildung

20 Jahre nach der Modrow-Regierung

Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Carola Bluhm, Hans Modrow, Heinz Vietze, Matthias Platzeck (angefragt), Christa Luft, Gabriele Lindner, Siegfried Prokop, Detlef Nakath u.a.

17.11. 17:00 Uhr, Altes Stadthaus, Bärensaal, Eingang Judenstr. 42, 10179 Berlin

Wie weiter zwischen Spreeinsel und Alexanderplatz?

Das Berliner Rathausforum

Regula Lüscher, Senatsbaudirektorin, Prof. Dr. Harald Bodenschatz, Dr. Thomas Flierl u.a.

27.11. 11:00 Uhr bis 27.11. 19:30 Uhr

Neues Stadthaus, Otto-Suhr-Saal, Parochialstr. 3, 10179 Berlin

Frauenaufbruch '89. Was wir wollten - Was wir wurden

Irene Dölling, Bärbel Klässner, Ina Merkel, Hildegard Maria Nickel, Walfriede Schmitt, Christina Thürmer-Rohr; poetischer Ostrock mit Suse Jank & Band u.a.

06.12., Volksbühne, Grüner Salon, Rosa-Luxemburg-Platz, 10178 Berlin

Bei anderen gelesen

Fünf Plätze – ein Name: Alexanderplatz

Der Platz am Anfang: Vieh, Militär und Barrikadenkämpfe 1805 – März-Revolution 1848 – Großstadtplatz im kaiserlichen Berlin: Zwischen Grand Hotel und Mietskasernen.

Vom Großstadtplatz zum Weltstadtplatz: Der Alex nach dem ersten Weltkrieg. Der sozialistische Hauptstadtplatz: Schaufenster Ostberlins. Ungeschriebene Zukunft: Mauern fallen – Türme wachsen – »Mitte der Mitte«.

Nicht mehr so zugig wie bislang soll der Alexanderplatz werden. »Was ist Urbanität?« oder »Alex – ein Mythos?«

Letztendlich ist der Alex ein Platz mit Bettlern und Skatern, Würstchenverkäufern und Pendlern, Touristen und Spaziergängern. »...teurer Alexanderplatz, wie haben sie dir zugerichtet?«

»Berliner Abendblatt«, 10.10.2009

Der Fernsehturm ist Spitze

Berlins Wahrzeichen und Stadtkrone, ein 365 Meter hohes Symbol wurde vor 40 Jahren eingeweiht. Nachdem er 20 Jahre später auf mancher Abrissliste stand, ist er heute ein Wahrzeichen des vereinten Berlin. Er ist der höchste und architektonisch eindrucksvollste Fernsehturm in Deutschland. Seine Anziehungskraft ist ungebrochen.

»Neues Deutschland«, 2.10.2009

Arbeit ist nicht nur Geldquelle

Arbeit ist mehr als eine Geldquelle. Sie ist zugleich eine Quelle von Selbstwertgefühl, vom Sozialprestige, von innerer Zufriedenheit. Wenn das einer relevanten Zahl von Menschen vorenthalten wird, wird eine solche Gesellschaft ganz einfach inhuman. – Roman Herzog am 5.7.1994

»Neues Deutschland«, 1.10.2009

Liebe Leserinnen und Leser der *mittendrin*,

in der Oktoberausgabe veröffentlichten wir unvollständige Kontendaten der Jenny-de-la-Torre-Stiftung.

Das richtige Spendenkonto lautet: 6 600 003 764, BLZ 100 500 00 bei der Berliner Sparkasse.

Wir bitten um Entschuldigung.

Menschen in Mitte

Maryam Stibenz: Eine gebürtige Iranerin sorgt für Integration



Foto: Herold

Kennt die Probleme der Einwanderer persönlich: Maryam Stibenz

Im Bezirksamt Mitte am Mathilde-Jacob-Platz arbeitet eine Diplom-Physikerin. Sie misst dort nicht etwa den Luftdruck oder die Lichtstrahlung, sondern berät und unterstützt im Stadtbezirk lebende Immigranten sowie Behörden und Vereine, die für Berliner nicht-deutscher Herkunft wirken. Maryam Stibenz ist die neue Integrationsbeauftragte des Bezirksbürgermeisters.

»Nicht zuletzt aus biografischen Gründen bin ich an Integrations- und Antidiskriminierungspolitik sehr interessiert«, begründet die 34-jährige ihre Bewerbung für diese Aufgabe. »Ich bin vor 20 Jahren mit meiner Familie aus dem Iran nach Berlin gekommen und habe hier persönlich und ganz konkret die Probleme der Einwanderer kennengelernt.«

Eines Tages werden sich Integrationsbeauftragte erübrigen

Als Grundvoraussetzung für ihre Einbürgerung sah die damals 14-jährige das schnelle Erlernen der Sprache ihrer neuen Wahlheimat. »Ich hatte damals viel Glück, traf Lehrer, die mich unterstützten, mir Mut machten. In einer Lateinlehrerin fand ich meine erste Bezugsperson in einem für mich noch fremden Land«. Schon nach zwei Monaten Deutsch-Intensivkursus konnte sie sich neben Berliner

Mitschüler auf die Schulbank setzen. Nach dem Abitur studierte sie an der Freien Universität Physik, erforschte für ihre Diplomarbeit die »Gasphasenreaktionen kleiner Goldcluster in einer Oktopol-Ionenfalle«.

Die Beherrschung der Sprache ist eine Statusangelegenheit

Diesen Gedanken unterstreicht die schwarzhaarige, dunkeläugige Frau. »Die existierenden Defizite sind Grund für viele Probleme, vor allem für fehlende Schulabschlüsse, Arbeitslosigkeit und Isolation«. Als Koordinatorin eines im Aufbau befindlichen Sprachförderzentrums berät sie mit der Volkshochschule Mitte, Vertretern der Jugendhilfe, mit Ärzten, Fachleuten frühkindlicher Sprachentwicklung, Freien Trägern und Vereinen. »Immigranten brauchen Menschen, die sie akzeptieren und ernstnehmen, die bereit sind zu einer echten Kommunikation, die dem Anderen die Chance gibt, sich einzubringen ohne sich aufgeben zu müssen. Darin sehe ich Schritt für Schritt meinen Auftrag.«

Das Zimmer 214 im Rathaus Mitte ist Anlaufstelle bei Fragen zu Ämtern, staatlichen Leistungen und Beratungsstellen. Oft klingelt das Telefon, landen E-Mails auf dem Computer von Maryam Stibenz. Vertreter eines Bildungsvereins polnischer Wahlberliner haben sich angemeldet, um über Schwierigkeiten auf der Suche nach Räumlichkeiten zu sprechen. Das Jobcenter in der Müllerstraße hat um einen Austausch gebeten, wie man die richtigen Worte bei der Vermittlung von Arbeit für Immigranten findet.

»Wir sehen unsere Tätigkeit auch als ein direktes Beratungsmanagement für Verwaltungsangestellte in unserem Rathaus. Wir werden tagtäglich von Immigranten aufgesucht. Es gilt Barrieren abzubauen, Voreingenommenheit zu bekämpfen. Die interkulturelle Öffnung unserer Verwaltungen entsprechend der Vielfalt in unserem Stadtbezirk ist angesagt. Die meisten Probleme lösen sich bei offenen und konkreten Gesprächen.«

Maryam Stibenz hat eine Vision: »Sie braucht keinen Integrationsbeauftragten mehr. Eine aufgeklärte Gesellschaft, die von gegenseitiger Toleranz und Wertschätzung geprägt ist und jeder Art von Diskriminierung entgegenwirkt, ist mit Sicherheit eine erstrebenswerte Form des Zusammenlebens.« Ihre eigene Familie lebt diese Vision vor: Seit über acht Jahren ist Maryam mit einem deutschen Kommilitonen ihrer Studienzeit glücklich verheiratet. Ihre beiden Töchter sind die schönsten Früchte dieser Integration.

Matthias Herold

50 Jahre neue Karl-Marx-Allee

Aufmerksamkeit für eine gute Zukunft



Foto: Archiv

Karl-Marx-Allee in den 1960er Jahren

Auf Einladung der Hermann-Henselmann-Stiftung und des Schinkel-Zentrums der TU Berlin kamen am 8. Oktober 250 Menschen in die Kongresshalle am Alexanderplatz und gedachten der Grundsteinlegung des 2. Bauabschnitts der Stalinallee (seit 1961 Karl-Marx-Allee) zwischen Strausberger Platz und Alexanderplatz.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Berliner Congress Center GmbH unterstützt wurde, stand das Referat von Irma Leinauer, die die Planungs- und Baugeschichte anschaulich rekapitulierte. Sie erforscht seit Jahren auf das gründlichste die Geschichte der »neuen« Karl-Marx-Allee und konnte eine Reihe neuer Fotos und Dokumente präsentieren. Zu der Veranstaltung waren nicht nur viele Anwohnerinnen und Anwohner, sondern auch viele frühere Planungs- und Baubeteiligte gekommen, die mit den beiden Hauptarchitekten Werner Dutschke und Josef Kaiser zusammengearbeitet hatten.

Das Projekt des 2. Bauabschnitts Karl-Marx-Allee - die Ausführungsplanung stammt aus dem Jahre 1959, die Bauten wurden zwischen 1959 und 1965 errichtet - markiert die neuerliche Hinwendung zur Moderne in Architektur und Städtebau der DDR. War bereits unmittelbar nach dem Krieg der Versuch unternommen worden, sich an den Traditionen des Neuen Bauens und des Bauhauses beim Wiederaufbau zu orientieren, bezeugte der 1. Bauabschnitt der Stalinallee zwischen Proskauer Straße und Strausberger Platz die Wende zur Politik der »nationalen Traditionen«. Nach dem Tode Stalins (1953) vollzog sich Mitte der 50er Jahre erst in der Sowjetunion, dann auch in der DDR der Kurswechsel hin zur Industrialisierung des Bauwesens und damit die Abkehr vom Historismus und der neuerliche Anschluss

an die internationale Moderne. Das Wohngebiet nördlich und südlich der Karl-Marx-Allee sowie die als Ensemble denkmalgeschützte Allee mit ihren Sonderbauten (dem Kino International, dem Café Moskau und den anderen Pavillons) und der charakteristischen Querachse der Schillingstraße ist das klassische und auch im internationalen Vergleich bemerkenswerte Dokument dieser Architektur der Tauwetterperiode in der DDR,

des Bemühens um eine interne Modernisierung der DDR.

Wolfgang Kil schilderte in seinem Vortrag, warum gerade diese Phase der Architekturgeschichte der 60er Jahre, als die DDR nicht nur Stagnation und Scheitern wie an ihrem Ende war, sondern auch noch Aufbruch und Utopie in sich trug, zum Hassobjekt des Planwerks Innenstadt wurde. Ich berichtete über die nun mehr als zehnjährigen stadtentwicklungspolitischen Bemühungen, die unkritische Rekonstruktion des vormodernen Stadtgrundrisses, wie die Wiederherstellung der Landsberger Straße für den Auto- und Straßenbahnverkehr und des axialen Stadtgrundrisses in der »Königsvorstadt«, abzuwehren. Mit der bevorstehenden Überarbeitung des Planwerks Innenstadt scheint nun das zu gelingen. Die zukünftige Bebauung an der Otto-Braun-Straße wird die orthogonale Struktur des Wohngebiets nördlich der Karl-Marx-Allee respektieren. Dringender Handlungsbedarf besteht bei der Revitalisierung der Schillingstraße. Hier muss eine städtebaulich verträglich Typologie für den Neubau (Wohnzeilen mit unterlagerter Versorgung) entwickelt werden.

Und endlich muss die neue Karl-Marx-Allee einen grünen Mittelstreifen erhalten, müssen anstelle der im westlichen Teil nie realisierten Pavillons Bauten ergänzt werden, um den Charakter der reinen Korridorstraße zu mindern und die Verbindung zum Alex zu stärken.

Um die Karl-Marx-Allee in eine gute Zukunft zu bringen, braucht es auch weiterhin Aufmerksamkeit und Engagement seiner Bewohnerinnen und Bewohner und aller stadtpolitisch Interessierten.

Dr. Thomas Flierl (MdB)

stadtentwicklungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, leitet die Hermann-Henselmann-Stiftung.

Kurznachrichten

Ehrung für Berlin

In Oviedo, Hauptstadt der nordspanischen Region Asturien, haben Kronprinz Felipe und seine Frau Letizia Berlin die höchste Auszeichnung der hispanischen Welt überreicht. Mit dem Premio Asturias de la Concordancia (spanisch für Übereinstimmung, Eintracht) hat eine Jury unsere Stadt zum 20. Jahrestag des Mauerfalls in Deutschland für das Zusammenwachsen des Kontinents und die Überwindung der Blöcke in Europa und der Welt gewürdigt. Die Auszeichnung nahmen Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister, und seine Vorgänger im Amt Eberhard Diepgen und Walter Momper entgegen.

Andrang auf Universitäten

An allen drei Berliner Universitäten übersteigt auch dieses Jahr die Zahl der Studienbewerbungen die Zahl der Studienplätze. Die Humboldtuniversität im Zentrumbezirk verzeichnete für das Erstsemester im Herbst 34 500 Abiturienten, die sich um einen der 4900 Studienplätze bewarben. Damit ist sie in der Hauptstadt am begehrtesten. Hohe Bewerberanteile entfallen auf Sozialwissenschaften, Kunst- und Kulturwissenschaft sowie Medienwissenschaft.

Nachfrage treibt Mietpreis

Die monatliche Nettokaltmiete von durchschnittlich 4,83 Euro je Quadratmeter, wie im Berliner Mietspiegel ausgewiesen, steht in keinem Verhältnis mehr zur Realität bei Neuvermietungen. Wie Immobilienmakler mitteilen, liegt die Nettokaltmiete in Berlin bei 5,80 Euro pro Quadratmeter; in besonders guten Lagen bei 9,50 Euro. Der vom Senat herausgegebene Mietspiegel bildet im wesentlichen lediglich Mieten im Wohnungsbestand ab. Neumieter müssen auch hier meist die Marktmiete zahlen. Nach Expertenangaben ziehen jährlich rund 10 000 Bürger nach Berlin.

Mehr Autodiebstähle

Die Berliner Polizei verzeichnete seit Jahresanfang bis vergangenen September 4994 Autodiebstähle in der Stadt; ein Anstieg von 39,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im August und September waren es jetzt 20 Autos täglich. Die Ermittler gehen von einem Zusammenhang mit der Grenzöffnung zu den östlichen Nachbarländern aus. Diebesgut könne innerhalb einer Stunde im Ausland sein. In westlichen Bundesländern haben Autodiebstähle Richtung benachbartes Ausland abgenommen.

Mieter sollen vertrieben werden

Bürgerinitiative kämpft gegen »illegales Hotel« in Wohnungen



Foto: privat

In Mitten Wilhelmstraßekämpfen Bürger gegen die Vermietung von Wohnraum als günstige Hotelzimmer. mittendrin sprach mit dem Sprecher der Bürgerinitiative, Daniel Dagan.

Viele Menschen kommen nach Berlin, unter anderem mit Billigfliegern. Welches Problem hat man deshalb in der Wilhelmstraße dadurch?

Daniel Dagan: Wir haben hier in der Wilhelmstraße eine Wohnanlage mit etwa 950 Wohnungen, von denen inzwischen rund ein Drittel zu einem illegalen Hotel umfunktionierte wurden. Für die Anwohner bedeutet das sehr, sehr viele Belastungen und Beeinträchtigungen.

Unter anderem stehen Müllsäcke auf den Fluren herum...

Daniel Dagan: Ja, das ist ein Teil der Beeinträchtigungen. Natürlich kommt dazu noch Lärm, wenn Rockgruppen in den Apartments wohnen und verweilen, Schmutz, Diebstahl und vieles mehr. Es gibt ja keinen Concierge in den einzelnen Hausaufgängen, die Leute gelangen praktisch ohne Kontrolle in die Häuser. Die Anwohner haben nichts gegen Gäste, sie haben nichts gegen Touristen, aber es geht nicht an, dass in einem normalen Wohnhaus ein illegales Hotel eingerichtet wird und

die Stadt, der Senat nichts dagegen unternehmen.

Im Internet wirbt dieser Betrieb für sich als großes Hotel mit 220 Zimmer.

Daniel Dagan: So ist es. Die Eigentümer annonciieren dieses illegale Hotel als ein sehr großes Hotel und bieten auch viele typische Hotelleistungen an, wie Sauna, Beratung für Freizeitgestaltung oder auch zusätzliche Aufbettungen und das Aufräumen der Zimmer. Es gibt hier ständig Putzkolonnen, die durch die Flure toben. Also das ist wirklich ein typisches Hotel, das allerdings keine Genehmigung besitzt, sich als Hotel zu präsentieren.

Die Apart GmbH betreibt ein Servicebüro für ihre Apartments am Brandenburger Tor an der Rückseite des Hotel »Adlon« - ist das die Verwaltungsstelle des illegalen Hotels?

Daniel Dagan: Genau. Sie bieten zum Beispiel auch Transporte zum Flughafen hin und zurück und viele andere Sachen an, das ist die Rezeption. Die Anlage ist relativ groß, 300 oder 400 Meter groß, und die Hotelgäste werden mit Schlüsseln geschickt, um ihre Apartments zu suchen. Die finden sie natürlich nicht ohne weiteres. Unfreiwillig werden die Bewohner zu Concierges.

Sie haben sich als Initiative der Bewohner organisiert. Was ist Ihr Ziel?

Daniel Dagan: Unser Ziel als Bürgerinitiative Wilhelmstraße Berlin-Mitte ist es einerseits, kulturelle Arbeit zu leisten: Wir wollen die Geschichte dieses Wohngebietes erforschen. Wir geben auch eine kleine Zeitung

heraus für die Anwohner. Auch kulturelle Veranstaltungen möchten wir durchführen. Aber wir müssen gleichzeitig das illegale Hotel bekämpfen. Die Eigentümer der Wohnanlage wollen uns Anwohner loswerden und rauskeln. Wir aber wollen dieses Wohngebiet als Wohngebiet erhalten und wir sind der Meinung, dass es nicht nur für uns wichtig, sondern auch für die Stadt Berlin und für die Bundesrepublik Deutschland.

Fragen von Christoph Nitz.

Ausgelesen

Ralph Hartmann: »Die Liquidatoren«

Das Taschenbuch liest sich wie ein Krimi, was in den 90er Jahren mit Ostdeutschlands Wirtschaft geschah – es war auch einer.

Ralph Hartmann: »Die Liquidatoren – Der Reichskommissar und das wiedergewonnene Vaterland«, Edition Ost, 2008, ISBN-13: 978-33600-10919.

Klaus Huhn: »Raubzug Ost«

Der Autor will mit seiner Bilanz dieser weltweit beispiellosen »Abwicklung« all derer gedenken, die in harter Arbeit die jetzt abgerissenen Betriebe schufen und ein Recht darauf haben zu erfahren, wie ihr Lebenswerk zerstört wurde.

Klaus Huhn: »Raubzug Ost – Wie die Treuhänder die DDR plünderten«, Edition Ost, 2009, ISBN-13: 978-33600-18083.

genwart noch Zeitgeschichte. Da helfen auch nicht heruntergelassene Hosen - und mag der Po von Mark Waschke (Prinz Leonce) oder Ronald Kukkulies (Valerio) noch so knackig sein...

Büchner würde das nicht verzeihen.

Dabei finden sich durchaus ernsthafte Arbeitsansätze; Dialoge mit dem Publikum, Auftritte aus dem Zuschauerraum, der in die Inszenierung eingebundene Wechsel des Bühnenbildes...

In allem liefern die Schauspieler souverän ab, was die Rollen hergeben: Klamauk, die heruntergelassenen Hosen zwischen Nonsensdialogen.

Unter den Linden prahlt Vattenfall damit, die Wiedererrichtung der Bauakademie zu unterstützen. Sagt ein Passant: »Klar doch. Letztlich haben die ja auch den Leuten genug Geld aus der Tasche gezogen...« Das erinnert mich daran, dass ich für meine Theaterkarte auch 35 Euro gezahlt habe.

Verena Werthmüller

Ein Theater lässt die Hosen runter

Es finden sich ernsthafte Arbeitsansätze

Sonntagabend. Unter den Linden drängen sich Touristen. Das Festival of Lights.

Hinter der Neuen Wache das Maxim-Gorki-Theater. Zuschauer im Foyer begehren Einlass. Der aber erfolgt erst um halbacht, pünktlich zum Aufführungsbeginn, weil die Inszenierung den Zuschauer mitnehmen will in das Leben der Schönen und Reichen, zu »Leonce und Lena«, beschrieben 1836 von Georg Büchner.

Der saturierte Leonce wehrt sich gegen die vom Vater-König angeordnete Heirat durch Flucht. Genauso die Zielperson, Prinzessin Lena. Sie lernen sich inkognito kennen, verlieben sich und entdecken bei einem Maskenball ihre wahren Identitäten – um ihren dramaturgischen Bestimmungen zu folgen.

Nackte Schaufensterpuppen auf der Bühne begrüßen den Zuschauer. Herr Wichtig stol-

ziert mit Walkie-talkie durch die Deko. Der König kommt hinzu, aus dem Zuschauerraum, um sich in Plattitüden über Sinn und Unsinn des Lebens auszulassen. Sein Sohn, Leonce, tut es ihm bald gleich: Flachbrettphilosophie in quälender Länge - wie die CDU im Brandenburger Landtag wenn sie mit Anträgen zur politischen Ahnenforschung ihre Existenzberechtigung nachweisen will. Doch im Maxim-Gorki gibt es an diesem Abend keine Kerstin Kaiser, die mit der Gelassenheit souveräner Zeitzeugen Vorgänge versachlicht. Dabei wurde das Stück mit dem »Spott des Hasses«, beworben oder als »ironisches Zeitstück über den Fluch und die Flucht der Eliten« - in unserer neofeudalistischen Gesellschaft...

So hatte die Spielfassung von Jan Bosse (Regie) und Andrea Koschwitz (Dramaturgie) durchaus neugierig gemacht.

Leider aber erreicht das Stück weder Ge-



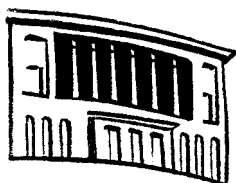
Foto: Archiv

Staffelübergabe von Heidi Knake-Werner an die neue Senatorin Carola Blum.

Seitenwechsel

Als Senatorin streite ich weiter für ein soziales Berlin

Gut zwei Wochen ist es her, dass ich die »Seiten« gewechselt habe – vom Stuhl der Parlamentarierin und Fraktionsvorsitzenden auf die Regierungsbank als Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales. Da begegnet mir viel Neues. Morgens gehe ich jetzt in die Senatsverwaltung in der Oranienstraße in Kreuzberg – gar nicht weit vom Abgeordnetenhaus entfernt. Doch dieses war schon früher Parlament – nämlich der preußische Landtag. Das Gebäude der Verwaltung war die Reichsschuldenverwaltung und vermutlich deshalb auch gleich gegenüber der heutigen Bundesdruckerei, die früher fürs Geld drucken zuständig war... Heute fließen auch Millionenbeträge durch dieses Haus für die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Integrationspolitik – leider lassen sie sich nicht durch einen Gang in die Bundesdruckerei vermeh-



Exklusiv aus dem Berliner Senat

Koalition wie z.B. den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) verteidigen und gemeinsam mit den Abgeordneten der Koalition Wege finden, weitere wichtige Projekte wie die Initiative sexuelle Vielfalt finanziell auszustatten.

Und das jetzt, wo die neue schwarz-gelbe Bundesregierung angekündigt hat, die Steu-

ren, obwohl es unterirdische Verbindungen geben soll. Insofern muss ich als eine meiner ersten Aufgaben im neuen Amt jeden Euro und jeden Cent für wichtige Projekte der Linken in der rot-roten

ereinnahmen und damit den finanziellen Spielraum der Länder massiv einzuschränken, wo sie die Jobcenter für die Hartz-IV-Empfangenden zerschlagen will, das bisschen Mindestlohn, das die große Koalition eingeführt hat, mittelfristig wieder abschaffen will und die gering Verdienenden z.B. mit einer privaten Zwangs-Pflegeversicherung weiter schröpfen will. Da müssen wir auch als Land soweit es möglich ist gegensteuern.

Über die einzelnen Projekte und Vorhaben werde ich euch hier regelmäßig berichten. Denn die Seiten habe ich nur im Rahmen der demokratischen Gewaltenteilung gewechselt. Als Senatorin der Linken streite ich gemeinsam mit der Partei und unseren Mitgliedern, der Fraktion, den Stadträtinnen und Stadträten, Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen für ein soziales, weltoffenes, gerechtes Berlin, in dem es sich lohnt zu leben. Und dem Bezirk Mitte bleibe ich selbstverständlich erhalten und bin jederzeit ansprechbar.

Carola Blum

ist Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales und direkt gewählt im Wahlkreis 2.

Glückwünsche vom Vorstand

Am 15. Oktober wurde Carola Blum als neue Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales vereidigt.

Die langjährige Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus löst Heidi Knacke-Werner in dieser Funktion ab.

Der Bezirksvorstand wünscht unserer neuen Senatorin alles Gute, Kraft zur Umsetzung ihrer Aufgaben und viele gemeinsame Erfolge.

Bewohner untersuchen Kiez

Das Leben »Junger Alter« zusammen mit Studierenden erforscht

Das Projekt ist einzigartig in Berlin: In der AG Kiezforschung arbeiten StudentInnen und BewohnerInnen des Soldiner Kiezes zusammen, um das Quartier sozialwissenschaftlich zu erforschen. Meist unterstützt die Gruppe StudentInnen bei der Erarbeitung ihrer Diplom- oder Masterarbeit. So kamen seit 2004 vier Abschlussarbeiten zustande, eine in Sozialwissenschaften, drei in Geografie. Drei davon wurden mit Einsen bewertet, bei der letzten steht die Note noch aus.

Die AG Kiezforschung untersuchte das Image des Quartiers bei den BewohnerInnen, begleitete den Start des Quartiersratsprozesses und erforschte die Lebenswelt von Jugendlichen im Kiez. Die aktuelle Forschung

dreht sich um »Junge Alte« zwischen 55 und 75 in einem Block aus den 60er Jahren, wo besonders viele ältere Menschen leben. Zum einen wird der anstehende und sich bereits vollziehende Generationenwechsel dokumentiert, zum anderen wird dargestellt, wie das Leben der älteren Menschen aus einfachen Verhältnissen zwischen Klischee und Wirklichkeit aussieht.

Ihre Ergebnisse stellt die Gruppe meist auf öffentlichen Veranstaltungen vor, zu denen schon mal 100 Menschen kommen. Am Samstag, dem 21.11., ist es wieder soweit. Im FORUM Soldiner Kiez in der Prinzenallee 45 c beginnen um 15.30 Uhr Vorträge und Diskussionen unter dem Titel »Wohnen im Wandel«. Die Referate werden kurz sein und sollen einer

Diskussion zwischen dem Sozialstadtrat von Mitte, Stephan von Dassel, dem Wissenschaftler Dr. Klaus-Peter Schwitzer vom Deutschen Zentrum für Altersfragen, der Altenheimbetreiberin Clarissa Meier und André Jüngling, Geschäftsführer der Genossenschaft, zu der der untersuchte Block gehört, den Weg weisen.

Außerdem hat die AG Kiezforschung 2005 ein Buch mit dem Titel »In den Straßen des Soldiner Kiezes« herausgegeben. Dort sind nicht nur eigene Forschungen abgedruckt, sondern auch die anderer StudentInnen und ForscherInnen. Allerdings sind die 500 gedruckten Exemplare restlos vergriffen. Die AG hat dafür gesorgt, dass das Buch in der Bibliothek am Luisenbad vorhanden ist, so dass es in allen Stadtbüchereien ausgeliehen werden kann. Derzeit denkt sie über einen weiteren Band nach.

Thomas Kilian

AG Kiezforschung

Das ist das Letzte

Die letzte Koalitions-Hochzeit, trug schwarz-gelbe Kleider und wurde Familie Westermarck. Die politische Landschaft ist bunter: Schwarz-Rot, Schwarz-Gelb, Schwarz-Gelb-Grün, Rot-Dunkelrot ... Koalitionen sind Zweckbündnisse zur Durchsetzung bestimmter Ziele. Da können zwei Verlierer plötzlich Sieger sein – wie in Thüringen. Dem Verlierer Matschie (SPD) war der Sieger Rammelow (LINKE) nicht grün, und mit den Grünen sah er Schwarz, also matschte der Matschie seine paar Mandate mit den schwarzen Verlierern zu einem bösen Brei zusammen, den die verschaukelten Wähler auslöffeln sollen. Sehr demokratisch ist das nicht, aber erlaubt.

Wer koalitiert, muss Kröten schlucken – Kompromisse. Als guter Kompromiss gilt, wenn jeder glaubt, das größte Stück vom Kuchen ergattert zu haben. Es gibt aber auch faule Kompromisse, die stinken, ehe der Kuchen in die Röhre kommt. Die Konditorei Westermarck hat derlei angerührt: Die Reichen sollen noch reicher werden!

Im Saarland wird Jamaika geprobt (Schwarz-Gelb-Grün) dabei hätte es für Rot-Rot gereicht, wenn der Grünen-Chef nicht so kurzsichtig wäre. Seitdem den »Volksparteien« das Volk abhanden kam, ist den Verlierern jedes Mittel recht, um einen Stuhl am Kabinetttisch zu sichern und die Linken an den Katzentisch zu verbannen!

Die Wahlsiege der Linken haben die Verhältnisse zum Tanzen gebracht. Bei drohendem Unwetter rotten sich die Wölfe zusammen! Die Gewerkschaften haben ebenso wie die Bischöfe vor sozialen Unruhen gewarnt. Drum haben Schwarze wie Gelbe manche Punkte unterschrieben, die von den Roten diktiert sein könnten. Doch wem hilft es, wenn der Wolf Kreide frisst?

Mal sehen, was Rot-Rot in Brandenburg zu Wege bringt, wo doch Berlin als Konsultationspunkt mit der S-Bahn zu erreichen ist – wenn sie denn fährt.

Arthur Paul

Impressum

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE

Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28,
10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204,
Fax: 24 009 337,
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de

V.i.S.d.P.: Thilo Urchs

Satz: sternberg media

Druck: Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung –innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

Redaktionsschluss: 25.10.2009

Ausgabetag für Nr. 12/09 – 3.12.2009

mittendrin · 11/2009

Wofür ging man '89 nochmal auf die Straße?

Engagiert Euch, bewegt wieder etwas

Vor 20 Jahren gingen die Menschen in der DDR friedlich für Freiheit und Demokratie auf die Straße. Doch scheinen die seinerzeit erkämpften Ziele, wie freie Meinungsäußerung und demokratische Mitbestimmung, angesichts der stetig sinkenden Wahlbeteiligung, langsam an Bedeutung zu verlieren.

Gerade 67,6 Prozent der Wahlberechtigten in Mitte hielten es für notwendig, ihre Stimme abzugeben und damit ihren Interessen gegenüber der Gesellschaft Ausdruck zu verleihen.

Frägt man die Nichtwähler, warum sie ihre Chancen vergeben, die politischen Verhältnisse in diesem Land mit zu gestalten, hört man meist: »Auf meine Stimme kommt es doch nicht an.« oder »Die da oben machen doch eh, was sie wollen.« Politikverdrossenheit nennt man das, was unsere Volksvertreter über die letzten Jahre energisch herangezogen haben. Dies gelang ihnen mit Hilfe von drei beliebten Instrumentarien: Das wären: 1. nicht eingehaltene Wahlversprechen, 2. Zuwiderhandlung gegen eigene politische Grundsätze und 3. Intransparenz, Inkonsequenz und Willkür in Regierungsverantwortung.

Punkt 1 veranschaulicht uns gegenwärtig Christoph Matschie (SPD) in Thüringen. Mit dem Versprechen, dem politischen Kurs der CDU-Landesregierung ein Ende zu setzen, zog er in den Wahlkampf. Doch nach der Wahl ermöglicht Matschie es der CDU mit einem Koalitionsvertrag, so weiter zu machen wie bisher. Wer selbst kein Kreuz hat, es vom Wähler nicht bekommt, kreuzt halt die Finger, wenn er etwas verspricht.

Auch für den 2. Punkt liefert die SPD ein Prachtexemplar von einem Beispiel. Mit den Gesetzen im Zuge der Agenda 2010 erfanden Schröder, Müntefering und Co eine völlig neue Definition der Sozialdemokratie. Links von der Mitte hieß es fortan. Denn wenn die politische Praxis einer Partei nicht mit ihren Grundsätzen übereinstimmt, ist nicht wichtig, was drin ist, sondern was am Ende raus

kommt. Aber wer kauft schon die Katze im Sack?

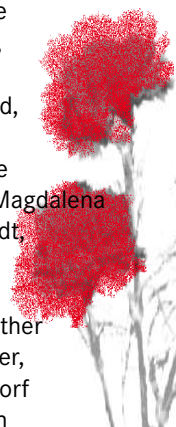
Den letzten Punkt veranschaulicht wunderbar die Steuerpolitik unter Kanzlerin Merkel. So hob die ehemalige Bundesregierung die Mehrwertsteuer mal eben um drei Prozentpunkte an, erklärte anschließend, es müsse an allen Ecken gespart werden, besonders aber auf dem sozialen und kulturellen Sektor, um dann Milliarden zur Bankenrettung bereitzustellen. Wenn man jetzt die Verantwortlichen für Finanzkrise nicht zur Rechenschaft zieht oder zumindest die Einflussnahme der Regierung auf den Markt stärkt, um künftige Probleme dieser Art zu vermeiden, hat man den Vertrauensverlust der Bürger/innen besiegelt. Wundern braucht sich da niemand, wenn ihm die Wähler weglaufen oder schlimmer: am Wahltag zu Haus bleiben.

Doch so groß die Enttäuschungen nach der Wende auch gewesen sein mögen, kein Grund die Flinte ins Korn zu werfen. Gebt eure hart erkämpften Rechte nicht achtlos fort. Man kann in einer Demokratie leben, doch wenn man sie nicht lebt, wer weiß wie lange noch. Beteiligt euch, engagiert euch und bewegt wieder etwas!

Christian Otto, Jugend BO-Mitte

Wir gratulieren im November zum Geburtstag!

- | | |
|----------------|---|
| Zum 99. | Elfriede Brüning |
| zum 88. | Hans Herzberg |
| zum 86. | Erna Driehaus,
Christa Grote,
Leo Hesse, Robert Ibe |
| zum 84. | Ingeburg Kahra,
Hildegard Morgenstern,
Helmut Rädler |
| zum 83. | Günter Gumpel,
Harry Scharfschwerdt |
| zum 82. | Marie-Luise Allendorf,
Gitta Endler,
Ingeborg Knauthe,
Ursula Krüger,
Edith Mikut,
Waltraut Starke |
| zum 81. | Kurt Bernheier,
Rainer Kerndl,
Gerhard Liebold,
Jutta Nesler,
Heinrich Witzke |
| zum 80. | Lothar David, Magdalena
Hammerschmidt,
Dina Lask,
Irma Voß,
Rosemarie Walther |
| zum 75. | Angelika Menger,
Klaus Westendorf |
| zum 70. | Helga Germann |



DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

www.die-linke-berlin-mitte.de

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die *mittendrin* zum Herunterladen.

Linksfraktion der BVV im Internet

www.linksfraktion-berlin-mitte.de

Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neuesten Stand.